

AB

MAGISTRATSDIREKTION  
 DER STADT WIEN  
*abgelehnt*  
 Eing.: 25. JUNI 2019  
 PCIL-557863-2019-KVP/GAT  
 Geschäftsstelle Landtag, Gemeinderat,  
 Landesregierung und Stadtsenat

78

**Die neue  
Volkspartei**

Rathausklub Wien

**Beschluss(Resolutions-)antrag**

der ÖVP-Gemeinderätinnen Mag. Caroline HUNGERLÄNDER und Sabine SCHWARZ, eingebracht in der Sitzung des Gemeinderates der Stadt Wien am 25.06.2019 zu Post 1 der Tagesordnung (Spezialdebatte Bildung, Integration, Jugend und Personal)

**betreffend Vorgehen gegen den politischen Islam**

Unter dem Überbegriff politischer Islam versteht man ein grundlegendes Verhaltensmuster von Gruppen oder Organisationen, das in Verbindung mit Extremismus, Radikalisierung und Gewalt darauf abzielt, schrittweise die Systematik des Rechtsstaates und die damit geltenden Normen durch ein übergelagertes System zu ersetzen. An die Stelle der rechtsstaatlichen Ordnung sollen bestimmte Vorstellungen oder Ideologien treten, die zumeist als absolut und religiös verstanden werden. Dies ist im Gegensatz zum westlichen Staats-, Demokratie,- und Rechtsverständnis.

Es handelt sich hierbei nicht um eine Frage der Religionsfreiheit, die ein Grundrecht aller Menschen ist, sondern um die Frage des rechtsstaatlichen Grundverständnisses. Daher gilt es, derartige Entwicklungen und Verhaltensweisen wachsam zu verfolgen. Auch die Wiener Bevölkerung und Politik sind bereits mit Forderungen des politischen Islam konfrontiert. Dringend notwendig ist daher umfassende und kluge Aufklärung der Bevölkerung und besonders exponierter Personen wie Lehrer über Zielsetzung und Vorgehen des politischen Islam.

Wir sehen seit Jahren eine besorgniserregende Entwicklung in Wien, die sich unter anderem in Form von islamischen (teils islamistischen/salafistischen) Kindergärten, radikalen Moscheevereinen und zunehmender Radikalisierung in den Klassenzimmern zeigt. Dabei darf der politische Islam in Wien keinen Platz haben. Das jahrelange Wegschauen hat den Weg frei für die Entstehung von Parallelgesellschaften gemacht. Islamische Parallelgesellschaften dürfen in Wien keinen Platz haben, Wien darf nicht zum Zentrum des politischen Islam werden!

Klar in der Verantwortung ist hier die rot-grüne Stadtregierung. Rot-Grün muss dazu endlich aufhören, islamische Tendenzen für potentielle Wählerstimmen zu ignorieren.

Die gefertigten Gemeinderätinnen stellen daher gem. § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Wien folgenden

**Beschlussantrag:**

Der Wiener Gemeinderat spricht sich für die Etablierung einer Monitoringstelle für den politischen Islam aus. Die Monitoringstelle wird dem Gemeinderat einmal jährlich berichten.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung verlangt.

Wien, 25.06.2019